

spd/III/1

Hannover, 2. Januar 1948

Material zur Vorgeschichte des sogenannten Volkskongresses

Die Betrugsmanöver der KP/SEF - Verräterische Rundschreiben

Im Feldzugsplan der Kommunisten für die Zersetzung der Demokratie in Deutschland ist seit vielen Monaten die Abhaltung von Kongressen nach alten kommunistischen Vorbildern vorgesehen gewesen. Der Plan war, unter dem Deckmantel einer "überparteilichen" Konferenz Deklarationen von möglichst vielen nicht-kommunistischen Organisationen zusammenzubekommen, die von der im Hintergrund wirkenden KP/SEF dirigiert werden. Aus diesen Kongressen sollten schädliche Einrichtungen geschaffen werden, die vor allem die folgenden Aufgaben hatten:

- a) Die Gleichschaltung des parlamentarischen Systems an das System der "Volksdemokratien" in Osteuropa vorzunehmen und die Verschmelzung Deutschlands oder Teile Deutschlands mit dem Osten vorzubereiten.
- b) Das Mehrparteiensystem der parlamentarischen Demokratie durch ein totalitär dirigiertes System zu ersetzen, wobei der Mehrheitswille der Wähler durch die kommunistisch dirigierte Apparatwahl ersetzt werden sollte.
- c) Den Versuch zu machen, durch diese Kongress- und Delegiertenwahlen die bestehenden Parteien und Organisationen zu zersetzen, um sie so unfähig zu ernsthaftem Widerstand zu machen.
- d) Den "Volkskongress" zu einer schädlichen Einrichtung zu machen, die als ein Scheinparlament in Konkurrenz zu den echten Parlamenten auftritt und sie dort ersetzt, wo die Kommunisten die Macht dazu erringen.
- e) Durch diesen ständigen Volkskongress eine Scheinregierung "wählen" zu lassen, die von der KP/SEF dirigiert werden soll.

Der Versuch sollte aus Gründen der Tarnung zunächst in den Westzonen gemacht werden, um nicht durch eine Veranstaltung in der Ostzone den wahren Charakter des Planes vorzeitig zu enthüllen. Danach sollte eine ähnliche Aktion in der Ostzone erfolgen, wodurch die seit langem erwünschte Gleichschaltung des Parteienwesens an die Ostzonen diktatur um einen wichtigen Schritt vorangetrieben worden wäre.

Als ersten Versuch in dieser Richtung hatten die Kommunisten für den 2.11.1947 in Hannover einen sogenannten Kongress für Brot und Kohle, Gerechtigkeit und Frieden einberufen, der nicht stattfinden konnte, weil die Einberufung durch eine in der Zone nicht zugelassene Organisation, die Sozialistische Einheitspartei, erfolgt war.

Nach dem Scheitern dieses Versuches mußte man die zweite Phase des Planes in Bewegung setzen und den sogenannten Volkskongress in Berlin einberufen, da die russische Besatzungsmacht eine derartige Unterstützung

Ihrer Pläne zum Zeitpunkt der Londoner Konferenz benötigte. Durch das Stattfinden des ersten Volkskongresses auf Veranlassung der SEP und durch die offenen Schiebungen und Terrormaßnahmen für die Delegiertenwahl zu diesem Kongreß ist die Tarnung und damit ein weiterer Teil des Planes mißglückt.

Die nächste Phase soll jetzt mit weiteren sogenannten Volkskongressen in den westlichen Zonen eröffnet werden. Dabei stellt sich heraus, daß auch hier wieder ein groß angelegter Betrugsversuch im Gange ist. Uns ist ein Rundschreiben vom 5. Dezember 1947 in die Hände gefallen, das an die Delegierten des "Kongresses für Brot und Kohle, Gerechtigkeit und Frieden" gerichtet ist. In diesem Rundschreiben heißt es:

"Wir teilen Euch hierdurch mit, daß der Kongreß für Brot und Kohle, Gerechtigkeit und Frieden am 17. und 18. Januar in Bremen stattfindet. Hauptreferent Genosse Grotewohl".

Über die merkwürdigen Methoden der Delegation und die dahinterstehenden Absichten unterrichtet ein weiterer Abschnitt, in dem es heißt:

"Am Kongreß in Bremen sollen die Delegierten teilnehmen, die für den Kongreß in Hannover gewählt worden sind. Da die Raumverhältnisse in Bremen eine höhere Anzahl von Delegierten gestatten, ist es zweckmäßig, weitere Delegierte hinzuzuwählen. Hierbei ist darauf Gewicht zu legen, daß diese Delegierten nach Möglichkeit aus den Kreisen der SPD und der Parteilosen sich zusammensetzen".

In dem Rundschreiben wird dann auf die gegenwärtige Ernährungslage bezuggenommen und die Notwendigkeit des Kampfes um Verbesserung der Ernährung unterstrichen. Es heißt in diesem Zusammenhang im Rundschreiben:

"Der Kampf um die Durchsetzung dieser Forderung muß durch die Delegierten des Kongresses sowie die Vertrauensmänner der Sozialistischen Einheitsbewegung begonnen werden. Dies setzt voraus, daß beide, Delegierte und auch die Vertrauensmänner der Sozialistischen Einheitsbewegung, sich zusammenfinden und in Form von Entsendungen von Delegationen zu den Gemeinderäten Protest gegen die verordneten Rationskürzungen erheben. Es muß überall versucht werden, im Zusammenwirken mit der KPD, zur Bildung von Sozialistischen Arbeitsgemeinschaften zu gelangen".

Während im Rundschreiben vom 5. Dezember der Kongreß noch als eine Fortsetzung der seinerzeit nicht durchgeführten hannoverschen Konferenz erklärt wird, heißt es in einem Rundschreiben des Landesvorstandes Niedersachsen der KP vom 18. Dezember:

"Die Delegierten des Deutschen Volkskongresses für nationale Einheit und gerechten Frieden wandten sich nach diesem Kongreß an uns mit dem Vorschlag, auch in Niedersachsen einen Kongreß für die Einheit Deutschlands und gerechten Frieden durchzuführen".

In dem KP-Rundschreiben wird der Eindruck zu erwecken versucht, als sei die Anregung zu dem neuen Kongreß durch die "Delegierten" des Deutschen Volkskongresses entstanden, der am 6. und 7. Dezember stattgefunden hat. Das vorher zitierte Rundschreiben vom 5. Dezember straft die KP-Einladung Lügen, denn schon vor dem Stattfinden des Berliner Kongresses hatte die KP den neuen Kongreß in Bremen festgelegt. In dem Einladungsbrief des KP-Landesvorstandes heißt es weiter:

"Von diesem Gesichtspunkt ausgehend schlagen wir allen Parteien vor, sich gemeinsam zu finden zur Willensäußerung für die deutsche Einheit.

2.1.1948

Wir wenden uns an Sie mit dem Vorschlag, gemeinsam einen Volkskongress für die Einheit Deutschlands und gerechten Frieden am 17./18. Januar 1948 in Bremen durchzuführen.

Als Tagesordnung ist uns vorläufig folgendes vorgeschlagen:

1. Die Einheit Deutschlands und der gerechte Friede,
2. Die Demokratisierung Deutschlands und der gerechte Friede,
3. Die Parteien Deutschlands und der gerechte Friede".

Während die KP in diesem Brief noch so tut, als wenn es sich um die Vorbereitung zu einer Veranstaltung verschiedener Parteien handelt, bei der Leitung, Zusammensetzung, Redner und Tagesordnung noch offen sind, ergibt sich aus einem anderen vertraulichen Brief des kommunistischen Landtagsabgeordneten als dem Hauptorganisator dieses "Volkskongresses", daß:

1. von der KP ein "vorbereitender Ausschuß des Volkskongresses für die Einheit Deutschlands und gerechten Frieden" in Ha nover, Klopstockstr.3, gebildet worden ist, wobei man wieder eine kleine Namensänderung vorgenommen hat und den Ausschuß durch die Kommunisten dirigieren läßt.
2. die Kommunisten als Redner für das Einheitsreferat Otto Grotewohl, für das Demokratisierungsreferat Dr. Kuhl und für das Referat über die Parteien Otto Nuschke, alles drei gleichgeschaltete Überläufer, bestimmt hat. Selbstverständlich ohne jemanden zu fragen.
3. daß Kuhl, Pieck und Nuschke zu Ehrenpräsidenten dieses "Volkskongresses" von der KP bestimmt worden sind.

Das ganze Betrugsmanöver wird dadurch offensichtlich. Die Kommunisten bereiten einen Brot- und Kohle-Kongress in Bremen vor dem Berliner Volkskongress vor, sie treffen Entscheidungen über die Zusammensetzung der sogenannten Delegierten. Sie benutzen die für den nicht stattgefundenen hannoverschen Kongress "gewählten" Delegierten für Bremen und sie versuchen dann die Parteien und andere Organisationen dadurch zu täuschen, daß sie behaupten, sie hätten die Anregung für den Bremer Kongress, den sie nun in Volkskongress umtaufen, nach dem Stattfinden der Berliner Veranstaltung erhalten, und dadurch, daß sie alle Vorbereitungen und Entscheidungen von der "Delegiertenwahl" bis zur Festsetzung der Tagesordnung und Entscheidung über das Präsidium allein treffen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat durch ihren Vorstand beschlossen, sich nicht an dieser kommunistischen Propagandaveranstaltung zu beteiligen und erklärt, daß eine Teilnahme daran unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei. Die Bezirksorganisationen der SPD haben entsprechende Schritte bereits unternommen.

(b/B1/2148/1/hs)

---

"Wenn das Demokratie ist...."

Nachwort zu einem Zeitungsverbot

Die französische Besatzungsmacht legt das Schwergewicht ihrer Einflußmöglichkeiten auf die deutsche Meinungsbildung auf das kulturelle Gebiet. Es wird immer fraglicher, ob die psychologischen Eroberungen, die auf diese Weise zu machen sind, den Vertrauenschwund der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf die allgemeine und Wirtschaftspolitik auch nur annähernd ausgleichen können.

Vor kurzem wurde das einzige Organ der SPD in Rheinland-Pfalz, die in Mainz erscheinende "Freiheit", bis zum 16. Januar 1948 verboten. Die Stellung der Sozialdemokratischen Parteileitung dazu ist veröffentlicht worden. Da auch die offizielle französische Deutschlandpolitik unter den Leitgedanken der demokratischen Freiheit gestellt ist, sind vielleicht einige Einzelheiten aus der französischen Begründung für das Zeitungsverbot interessant. Sechs Punkte wurden in einer ersten Erklärung genannt:

1. Die allgemeine Haltung der Zeitung, die bekanntlich den "Schumacherkurs" in der französischen Besatzungszone repräsentiere,
2. Der Ton der Zeitung gegenüber bestimmten Maßnahmen der Militärregierung und die gegenüber der Politik der offiziellen französischen Regierung eingenommene Haltung,
3. Die Kritik der Zeitung an der von der französischen Regierung befürworteten These eines föderalistischen Aufbaues Deutschlands,
4. Die Benutzung selbständiger Informationsquellen bei Kommentaren zur internationalen Politik,
5. Die Berichterstattung über die letzten Landtagssitzungen; insbesondere die Wiedergabe der Etairede des sozialdemokratischen Finanzministers Dr. Hoffmann.
6. Die Veröffentlichung des Verbots bezüglich der Erklärung des Ministerpräsidenten Altmaier über die Demontage.

Punkt 1 und 2 betreffen 'die allgemeine Haltung' und den "Ton", sie enthalten also keine konkreten Vorwürfe, sondern nur das Argument, 'die ganze Haltung paßt uns nicht'. Punkt 3 und 4 stellen, positiv ausgedrückt, fest, daß jede deutsche Zeitung sich die französische Auffassung von der staatsrechtlichen Zukunft Deutschlands zu eigen zu machen und daß sie sich nur auf vorgeschriebene Informationsquellen zu stützen habe. Punkt 5 und 6 schließlich verlangen eine Berichterstattung, die, ganz unabhängig vom Kommentar, bestimmte Tatsachen zu unterdrücken hat.

Etwa acht Tage vor dem Verbot schrieb eine angesehenere Zeitung des Auslandes in einem Bericht "Deutschland 1947" unter anderem: "Die Jugend, die nur das Dritte Reich kannte, zuckt die Achseln: "Wenn das Demokratie ist...." Die Antidemokraten frohlocken. Ihr Weizen blüht und ihre Propaganda findet gerade bei den Verzweifelnden offene Ohren. Die große Mehrheit, viel zu sehr mit der verzehrenden Not und der ewigen Jagd nach "Sachwerten" beschäftigt, will nichts mehr hören, glaubt nichts mehr, wird aber jedem großen Demagogen ins Garn gehen, der ihre Hoffnungen zu beleben weiß".

(m/1/2148/hs)

"Verschwörung in Deutschland"

"In einem Polizeistaat, der Maschinengewehre, Tränengas, Panzerwagen und Flugzeuge zur Verfügung hat, können erregte Massen keine Revolution mit nackten Fäusten machen".

Dieser Satz findet sich in einem Buch, das, wie wir dem "Volksrecht" in Zürich entnehmen, jetzt in deutscher Übersetzung im Europaverlag in Zürich erschienen ist: Allen Welsh Dulles "Verschwörung in Deutschland".

Allen Dulles ist der Bruder von John Foster Dulles, dem jetzigen außenpolitischen Berater des Staatssekretärs Marshall. Er ist Rechtsanwalt in New York, war vor über zwanzig Jahren ein Jahrzehnt lang im politischen Dienst der USA in verschiedenen europäischen Hauptstädten tätig und übernahm im November 1942 als Sondergesandter Roosevelts die Leitung des Office of Strategic Services bei der amerikanischen Gesandtschaft in Bern. Es war eine seiner Hauptaufgaben, von der Schweiz aus Informationen über die Verhältnisse in Deutschland einzuziehen und vor allem festzustellen, wie stark die antinazistische Bewegung in Deutschland sei. Er trat deshalb vorsichtig mit verschiedenen Emigrantengruppen, Geschäftsleuten und deutschen Beamten in Verbindung, die noch legal ein- und ausreisen konnten, auch mit deutschen Gewerkschaftlern und Kirchenführern beider christlicher Konfessionen. Durch sein Buch haben die amerikanischen Leser zum ersten Mal eine zusammenfassende Darstellung der deutschen innerpolitischen Ereignisse im Kriege bekommen.

Im Anschluß an den eingangs zitierten Satz sagt Dulles in diesem Buch weiter, man müsse deshalb verstehen, wie schwer es in Deutschland für die Opposition war, sich durchzusetzen. Er weist darauf hin, daß in den von den Nazis besetzten Ländern der Widerstand schon deshalb wirksamer sein konnte, weil es sich um eine Fremdherrschaft handelte und die Widerstandsbewegung Unterstützung von ihren Exilregierungen und ausländischen Mächten erhielt. Schließlich sagt Dulles: "Es ist leicht, die deutsche Widerstandsbewegung ob ihres Zögerns, ihres Schwankens und letztlichen Versagens zu kritisieren. Aber es ist unwahrscheinlich, daß man in einem Polizeistaat, so wie Himmler und Hitler ihn organisierten, Männer finden wird, die einen Beck, einen Gerdeler, einen Moltke, einen Leuschner oder einen Stauffenberg übertreffen."

Dulles erkennt in seinem Buche auch an, daß die Alliierten den Männern des deutschen Widerstandes ihre Aufgabe nicht nur nicht erleichtert, sondern direkt erschwert haben. Man habe ihnen keinerlei Ermunterung zuteil werden lassen und jahrelang Hitler außenpolitische Erfolge gewährt, die man den demokratischen Regierungen verweigerte. Durch die Formel von der "bedingungslosen Kapitulation" habe man den Widerstand des Hitler-Regimes gestärkt und schließlich - so sagt Dulles - war "das Bausch- und Bogca-Bombardieren von Städten, in denen hauptsächlich Zivilobjekte getroffen wurden", verfehlt. Er habe es anfangs auch als Mittel betrachtet, den Krieg abzukürzen, habe aber nach einigen Monaten eingesehen, daß er damit unrecht hatte. "Statt neuen Zuström zu bekommen, verloren die Antinazi an Anhängern. Einer der wichtigsten, Carlo Mierendorff zum Beispiel, wurde bei einem Bombenangriff auf Leipzig getötet, viele ihrer geheimen Treffpunkte wurden ausgebombt und die Mitglieder verstreut." Bei den Arbeitern und Bürgern sei eine feindselige Stimmung erzeugt und sie seien gezwungen worden, bei den Nazis Schutz für das nackte Leben zu suchen, da sie durch die Bombardierungen obdach- und mittellos gemacht wurden.

" d "

Die Oberklasse verwaltet  
Lehrreiches schwedisches Beispiel  
Von Rudolf Hübner, Stockholm

Wenn den sozialdemokratischen Parlamentsmehrheiten und Regierungen grundlegende und dauerhafte Erfolge häufig versagt bleiben, so liegt das Verschulden zu einem nicht unwesentlichen Teile bei dem Verwaltungsapparat, der - als Berufsgruppe gesehen - aus Tradition und Standesinteresse heraus neuerungsfeindlich ist. Eine bedeutende Gesellschaftsaufgabe ist daher die Auflockerung und geistige Erneuerung dieses Apparates.

Interessant und lehrreich sind in diesem Zusammenhang die Verhältnisse in Schweden.

Agne Lundquist hat kürzlich im Gewerkschaftsorgan "Fackförningsrörelsen" die Ergebnisse einer umfangreichen Untersuchung veröffentlicht. Er prüfte die soziale Herkunft der Persönlichkeiten in den Schlüsselstellungen der schwedischen Gesellschaft, hohe Staatsbeamte, Präsidenten und Generaldirektoren, Generale und Admirale, Gesandte und Bischöfe. Das Ergebnis ist - nach mehr als einem Jahrzehnt sozialdemokratischer Regierungspolitik nicht besonders erfreulich. Am 1. Januar 1947 entstammten von diesen hohen Funktionären 79,5 Prozent der Oberklasse, 17,0 Prozent der Mittelschichte, 3,5 Prozent der Arbeiterklasse.

Um diese Ziffern richtig beurteilen zu können, sei angeführt, daß gemäß einer Statistik der schwedischen Wähler im Jahre 1944 etwa 5,5 Prozent auf die Oberklasse, 38,8 Prozent auf die Mittelschichte und 55,7 Prozent auf die Arbeiterklasse entfielen.

Die Gegenüberstellung dieser Ziffern wirft ein bezeichnendes Licht auf die in Schweden ebenso wie in anderen Ländern immer wieder lauter werdenden Vorwürfe, daß die sozialdemokratische Regierung ihre Parteigänger in großer Zahl in den Verwaltungsapparat einbaue. Sie zeigt aber auch, wie langsam ein Berufsstand seine Struktur ändert, obwohl gerade in Schweden durch Stipendien und andere Hilfsleistungen auch der Arbeiterjugend seit Jahren das Hochschulstudium wesentlich erleichtert worden ist. Außer dem Mangel an Unterhaltsgeldern versperren eben auch andere Gesellschaftseinflüsse dem Arbeiterkind den Weg in den höheren Verwaltungsdienst. 1947 befand sich unter den Staatssekretären, Expeditionschefs (entspricht etwa den deutschen Ministerialdirektoren), Generalen oder Admiralen ein Arbeitersohn. Von den Landshövdingen (etwa im Range eines Regierungspräsidenten) waren 1947 nur zwei Arbeitersöhne.

Nun ist der schwedische Verwaltungsapparat auch relativ kleiner als der Deutsche. Häufig wird die Bearbeitung bestimmter, besonders wichtiger Fragen separaten Kommissionen übertragen, in welchen die Berufsbeamten nur wenig vertreten sind. Diese Kommissionen arbeiten frei, ohne hemmende Standesbedingungen, urteilen aus den Erfahrungen der Gegenwart. Auf diese Weise konnte das Verwaltungsgefüge aufgelockert werden.

Die deutschen Verhältnisse sind wesentlich anders. Was das heutige Deutschland aus der wilhelminischen Ära und aus dem Dritten Reich an Verwaltungsapparat geerbt hat, ist wenig erfreulich, trotzdem aber durch eine konservative Beamtengesetzgebung als exklusive Standesgruppe geschützt. Die Erziehungsmethoden in den meisten Elementarschulen und die jetzige Zusammensetzung der Hörerschaft an den deutschen Hochschulen versprechen auch für die Zukunft kaum eine Besserung. Gegenwärtig sind hier wohl die wirksamsten Maßnahmen eine mögliche Verringerung der Berufsbeamten und die Überleitung möglichst vieler Verwaltungsfunktionen auf Kommissionen, in denen der Einfluß des Berufsbeamtentums ausgeschaltet ist. Auf lange Sicht wird allerdings allein die Erziehung der Jugend von entscheidender Bedeutung sein.